



Helmut Schmidt
23. Dezember 1918. Deutscher Politiker, Bundeskanzler. Hamburger. Nach dem Abitur 1937 Wehr- und Kriegsdienst, zuletzt als Oberleutnant d. R. und Batteriechef. Ab 1945 Studium der Staatswissenschaften und der Volkswirtschaft. Tritt 1946 der SPD bei und wird 1947 Vorsitzender des SDS. 1949–1953 Referent, Abteilungsleiter, schließlich Leiter des Amtes für Verkehr in Hamburg. MdB erstmals seit 1953. 1961–1965 Innenminister der Hansestadt. Gewinnt große Popularität durch sein erfolgreiches Krisenmanagement während der Flutkatastrophe Februar 1962. Ab 1969 Verteidigungsminister in der ersten Regierung Brandt, ab 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1974–1982 (Konstruktives Misstrauensvotum). Seit 1983 Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Helmut Schmidt *Bundeskanzler a.D.*

„An der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Weltprobleme und Lösungskompetenzen“

Vielleicht darf ich an eine der Eingangsbemerkungen von Herrn Illies anknüpfen: In der Tat haben wir den Vortrag von heute schon Anfang Oktober verabredet; mir standen bei der Formulierung des Themas zwei Erwartungen klar vor Augen, nämlich zum einen die Erwartung eines deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses, den ich Ende September/Anfang Oktober allerdings noch nicht ganz so schnell erwartet hatte, wie er nun stattzufinden scheint, und zum anderen die Erwartung, dass die großen und die kleinen Fragen dieses deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses im Frühjahr 1990 – also heute – in der europäischen und nicht nur in der deutschen öffentlichen Debatte möglicherweise alle anderen Themen beiseite drängen können; Herr Illies hat darauf angespielt. Deshalb habe ich damals, vor sechs Monaten, ein Thema vorgeschlagen, das zeitlich und auch sachlich weit über den Rahmen der deutschen Fragen hinausgreifen sollte. Ich wollte nämlich gern reden – Herr Illies hat es wiederholt – über die Lösbarkeit der Weltprobleme am Ende dieses Jahrhunderts und über die Lösungskompetenzen, die die Weltmächte besitzen.

„Welche Weltmächte?“ ist die Frage, die sich hier gleich anschließt. Wer ist gemeint, wenn von den „Weltmächten“ die Rede ist?

Die Entwicklung der Weltmächte im Verlauf der neunziger Jahre

Lassen Sie uns bei unserem östlichen Nachbarn, bei der Sowjetunion, anfangen: zweifellos strategisch – oder, wie mein Freund Henry Kissinger sagen würde: geopolitisch – eine Weltmacht, auch wenn sie in eine Schwächeperiode eingetreten ist, von der man heute nicht weiß, ob sie zehn, zwanzig oder dreißig Jahre dauert, eine ökonomische, eine innenpolitische und infolgedessen auch eine strategisch-außopolitische Schwächeperiode. Aber selbst in dem schlimmsten Fall, den man sich vorstellen kann – eine frühe Ersetzung des Präsidenten Gorbatschow durch eine andere Art von Regime plus einer Abspaltung nicht nur der drei baltischen, sondern auch anderer Republiken im Süden der Sowjetunion –, bleibt noch eine großrussische Bevölkerung: rund 160 Millionen Menschen, dazu zehn Millionen Weißen, dazu wahrscheinlich 50 Millionen Ukrainer. Das heißt, vom Kamtschatka bis zur Ostsee doch eine russisch sprechende – Ukrainisch ist ein bisschen anders, aber sie verstehen sich gegenseitig – Menge von weit über 200 Millionen Menschen.

So bleibt eine Weltmacht, selbst im schlimmsten Falle, was die Schwächeperiode angeht. Und natürlich bleibt die Sowjetunion auch nuklearstrategisch eine Weltmacht; aber ebenso wird sie auch in dreißig Jahren noch keine ökonomische Weltmacht sein, sondern ökonomisch weit hinter dem Durchschnitt der Industriestaaten hinterhermarschieren oder -hinken, je nachdem.

Die nächste Weltmacht, die ich in den Blick fasse, ist die Volksrepublik China. In China werden am Ende dieses Jahrhunderts 1,25 Milliarden Menschen leben, ungefähr ein Fünftel der Weltbevölkerung. Ökonomisch ist das Land ein Zwerg, auf dem Lebensstandardniveau eines Entwicklungslandes, gerade ein bisschen oberhalb der „least developed countries“; 300 Dollar pro Kopf pro Jahr – das ist ungefähr so viel, wie Sie im „Hotel Vier Jahreszeiten“ für eine Nacht ausgeben müssen. China bleibt ein Entwicklungsland, so weit wie man nur in die Zukunft denken kann. Aber China ist, zumal in den Augen der übrigen asiatischen Staaten und Völker – der Inder, der Vietnamesen, der Burmesen, der Filipinos, der Indonesier, der Koreaner, selbst der Singaporener, natürlich auch der Japaner – schon heute eine Weltmacht, eine strategische, keine ökonomische Weltmacht.

Helmut Schmidt

23. Dezember 1918. Deutscher Politiker, Bundeskanzler. Hamburger. Nach dem Abitur 1937 Wehr- und Kriegsdienst, zuletzt als Oberleutnant d. R. und Batteriechef. Ab 1945 Studium der Staatswissenschaften und der Volkswirtschaft. Tritt 1946 der SPD bei und wird 1947 Vorsitzender des SDS. 1949–1953 Referent, Abteilungsleiter, schließlich Leiter des Amtes für Verkehr in Hamburg. MdB erstmals seit 1953. 1961–1965 Innenminister der Hansestadt. Gewinnt große Popularität durch sein erfolgreiches Krisenmanagement während der Flutkatastrophe Februar 1962. Ab 1969 Verteidigungsminister in der ersten Regierung Brandt, ab 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1974–1982 (Konstruktives Misstrauensvotum). Seit 1983 Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Die dritte Weltmacht habe ich eben schon genannt, das ist Japan, das bei weitem überragende Finanzkraftwerk der Welt, eine ökonomische Weltmacht, nicht nur etwa wegen seines Handels und seiner Handelsüberschüsse, sondern insbesondere wegen seiner fulminaten Sparquote. Die japanische Sparquote liegt immer noch bei ungefähr 15, 16 Prozent des disponiblen Einkommens der privaten Haushalte. Infolgedessen entstehen dort riesige Kapitalüberschüsse, die bisher nicht im eigenen Lande verwendet, sondern stattdessen exportiert werden.

Japan ist außerdem im Begriff – das wird sich in wenigen Jahren entscheiden –, auch militärisch mindestens eine hochbedeutende Regionalmacht zu werden. Japan hat heute den drittgrößten Militärhaushalt der Welt, hinter den USA und der Sowjetunion kommt an dritter Stelle Japan. In der Größenordnung des japanischen Bruttosozialproduktes gemessen sind es gut 1,8 Prozent, aber angesichts der Größe des japanischen Bruttosozialproduktes ist diese Rüstung in absoluten Zahlen enorm, vor allem zur See und zur Luft, nicht so sehr, was Landstreitkräfte angeht.

Beides zusammen, die enorme finanzielle Leistungskraft – die die Amerikaner schon jetzt sehr ärgert und die neuerdings auch einige EG-Leute ärgert und anfängt, in Europa ein bisschen Unruhe zu stiften – plus der schon heute erreichten militärischen Stärke, wird von allen anderen in Asien als eine wachsende Bedrohung empfunden. Und diese Sorge gegenüber Japan reicht von Nord-Korea über Süd-Korea bis nach Australien und Neuseeland und schließt alle anderen ein – auch die Volksrepublik China, die die einzige Macht in dieser Region ist, die ihre Besorgnisse nicht nach außen offenbart.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die einzige Weltmacht, die sowohl als ökonomische Macht, nach ihrer Industrie- und Finanzkraft, als auch strategisch eine Weltmacht sind.

Und wer sonst noch? Gibt es eine fünfte Weltmacht? Indien ist keine und wird trotz seiner großen Bevölkerungszahl einstweilen auch keine. Und Europa hat offenbar nicht den Willen gleichzuziehen. Selbst die Europäische Gemeinschaft, zurzeit 330 Millionen Einwohner, hat nicht den Willen, mit den 123 Millionen Japanern auch nur gleichzuziehen. Die Europäische Gemeinschaft hätte alle Möglichkeiten, sowohl ökonomisch als auch militärisch, im gleichen Rang Weltpolitik mitzubestimmen, aber offensichtlich fehlt es in Europa an Saft und Willen. Ich will auf Europa und die Einbettung des vereinigten Deutschlands noch zurückkommen.

Zunächst aber möchte ich über fünf Unterthemen des Weltthemas sprechen, nämlich zum Ersten über die Weltbevölkerungsentwicklung, zum Zweiten über die Energieversorgung und die damit verbundene Umweltgefährdung für die ganze Welt, zum Dritten über den internationalen Fluss der Finanzmittel – und bei der Gelegenheit einen Blick werfen auf die globalisierten Finanzmärkte –, zum Vierten kurz über Abrüstungs- und Sicherheitsproblematik und zum Fünften über den Islam – der im Laufe des nächsten Jahrhunderts eines der größten Probleme für Europa darstellen wird –, um dann zum Schluss, sechstens, auf Europa zurückzukommen.

Journalisten, Politiker und Ökonomen

Vielelleicht sollte ich aber eine Zwischenbemerkung machen zur Person des Redners. Zunächst eine negative Abgrenzung: Auch wenn es einigen der Zuhörer im Laufe des Abends so scheinen möchte: Ich bin kein Pessimist. Allerdings bin ich auch nie ein Optimist gewesen. Ich habe mir in meinem politischen Leben immer Mühe gegeben, die Lage und ihre Möglichkeiten realistisch einzuschätzen. Nehmen Sie das, was ich Ihnen zu sagen habe, als Versuch zum Realismus, und missverstehen Sie es bitte nicht als Pessimismus.

Was die positive Abgrenzung oder Einschätzung des Redners angehen mag, so mögen mich einige für einen Ökonomen halten. Ich warne Sie vor den Ökonomen. Das sind zwar einerseits Leute mit Humor, was man schon daran erkennt, dass sie in ihren Prognosen die Zahl hinter dem Komma genau angeben – in Klammern gesprochen: immer in der Erwartung, dass die Leute die von ihnen prognostizierte Zahl für dieses Jahr bald vergessen werden;

wenn die tatsächliche Zahl dann vorliegt, haben sie schon eine neue Prognose für das nächste Jahr, und das halten sie dann für Sachverstand.

Vielleicht erinnern Sie sich – jedenfalls Personen etwa meines Alters – an Jules Vernes Roman „In achtzig Tagen um die Welt“, den wir in unserer Kindheit gelesen haben. Darin kam ein Teil der Reise im Freiballon vor. Die Reise im Freiballon war damals genauso, wie wenn Sie heute mit einem Flugzeug fliegen: Ab und zu verlieren die da oben die Orientierung, wenn sie in den Nebel oder in die Wolken kommen. Damals gab's aber noch kein Decca oder Radar, sondern man musste die Klappe ziehen, um ein bisschen Gas aus dem Ballon entweichen zu lassen. Dann verlor der an Höhe, in der Hoffnung, dass sie etwas erkennen konnten. Denen ging es damals sehr schlecht, sie mussten sehr lange die Klappe ziehen, bis sie schließlich, selbst bereits ziemlich am Boden, doch den Bauern, der da auf seinem Feld geackert hat, erkannten. Sie riefen hinunter: „Wo sind wir?“ Der Bauer war ganz erschrocken, aber dann rief er hinauf: „Ihr seid in einem Ballon, genau über meinem Roggenacker!“ Und die da oben haben messerscharf geschlossen: Er muss ein Ökonom sein; denn die Antwort ist akkurat, aber völlig nutzlos.

Nun können mich einige auch für einen Politiker oder für einen gewesenen Politiker oder für einen Publizisten halten, der seit sieben Jahren Journalismus für „Die Zeit“ betreibt. Doch auch da muss ich eine Warnung aussprechen: Politiker und Journalisten, das ist ein und dieselbe politische Klasse; die reden oder schreiben heute über Dinge, die sie morgen – hoffentlich – verstehen werden. Das ist auch insofern dieselbe Klasse, als sie vom Beinahe-Verbrecher bis zum Beinahe-Staatsmann reicht.

Ich habe Sie also gewarnt. Nun müssen Sie selbst herausfinden, was aus meinen Darlegungen Ihnen Sinn macht und worüber nachzudenken sich lohnt und worüber nicht.

Die Bevölkerungsexplosion als Ursache globaler Probleme

Erstens also zur Bevölkerungsentwicklung. So hatte ich zwar gesagt, aber das war ein falscher Ausdruck: „Bevölkerungsexplosion“ muss es heißen. Am Beginn dieses zwanzigsten Jahrhunderts lebten auf der Welt 1,6 Milliarden Menschen. Heute, 1990, sind es 5,3 Milliarden; im Jahre 2000 – heute in knapp zehn Jahren – werden es über sechs Milliarden Menschen sein, eine Vervierfachung der Weltbevölkerung in einem einzigen Jahrhundert. Im Jahre 2000 werden es acht Milliarden Menschen sein, daran kann keiner mehr etwas ändern. Die größten Optimisten auf der Welt, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, hoffen, dass man die Weltbevölkerung bei zehn Milliarden stabilisieren könnte.

Nur als Rechenbeispiel füge ich hinzu: Wenn Sie sich die Vervierfachung des zwanzigsten Jahrhunderts fortgesetzt denken über den Verlauf des ein- und zwanzigsten Jahrhunderts, dann wären wir am Ende des einundzwanzigsten Jahrhunderts bei 24 Milliarden Menschen, fünfzehnmal so viel wie am Beginn unseres eigenen Jahrhunderts. Das muss zwangsläufig zu regionalen Kriegen führen, zumal dann und dort, wenn und wo regionale Klimaverschiebungen – und das heißt für viele dann Klimaverschlechterungen – dazu führen, dass die Menschen in Bangladesch zu vielen Millionen ihr Land verlassen müssen oder die Menschen in anderen Flussdeltas oder in Ägypten oder in Anatolien, um nur ein paar auf der Hand liegende Beispiele zu nennen.

Ich kann mich erinnern, dass mir vor etwa zwölf oder fünfzehn Jahren ein türkischer Premierminister ganz gelassen und nach Vorbereitung durch seine Stäbe erzählt hat, bis zum Jahre 2000 wolle man noch 20 Millionen Türken in die Bundesrepublik Deutschland exportieren. Ich habe mich dafür im Vorwage bedankt und gesagt, ich würde das zu verhindern suchen. Das hat ihn kalt gelassen. Und er erwiderete: Der Überdruck wird euch schon zwingen, die Leute aufzunehmen.

Im Falle der Türkei mag das zwar nicht so kommen. Ich erwähne sie aber als ein Beispiel für das, was vielen bevorsteht. Den Vereinigten Staaten von Amerika steht die Einwanderung aus Mexiko und aus der Karibik nicht bevor, sondern sie ist bereits in vollem Gange. Und im Süden Floridas ist es

heute wichtiger, Spanisch zu beherrschen als Englisch. Das wird sich auch in den anderen der südlichen Staaten der USA auswirken.

In Indien sind die bisherigen Versuche zur Dämpfung der Bevölkerungsexplosion weitestgehend fehlgeschlagen; dort waren die Methoden – zur Zeit Indira Gandhis – auch besonders brutal. In China sind die Versuche zum erheblichen Teil ebenfalls fehlgeschlagen. Im Jahre 1975 hofften die chinesischen Führer noch, am Ende des Jahrhunderts mit 1,1 Milliarden Einwohnern dazustehen. Inzwischen – fünfzehn Jahre später – geben sie die erwartete Bevölkerungszahl für das Ende des Jahrhunderts mit 1,25 Milliarden an, das sind 150 Millionen Chinesen mehr, als sie vor fünfzehn Jahren gehofft hatten. Und ich persönlich glaube, dass China im Jahre 2000 nicht bei 1,25 Milliarden stehen wird; ich glaube, es werden mehr Menschen sein.

Damit geht einher eine Urbanisierung der Bevölkerungsmassen in den Entwicklungsländern – viele von Ihnen werden São Paulo oder Mexiko City kennen und die Entwicklung dieser Riesenstädte während der letzten dreißig Jahre miterlebt haben; Kairo oder Lagos in Nigeria wären andere Beispiele, und ich weiß nicht, wie viele Beispiele man nennen könnte. Die Urbanisierung bringt zusätzliche Umweltgefährdungen mit sich. Die Leute werden in diesen Städten nicht genug Luft zum Atmen haben; ich hatte nach ein paar Tagen in Leipzig schon Kopfschmerzen. Ich möchte nicht in den Favelas leben müssen, in diesen Slums der Großstädte in den Entwicklungsländern: Nicht genug Luft zum Atmen, nicht genug sauberes Wasser, und damit ergeben sich Multiplikatoren der gegenwärtig schon sichtbaren Gefährdungen, etwa durch Drogen, etwa durch Aids, um nur zwei Stichworte zu nennen.

Energieversorgung und Umweltgefährdung

Lassen Sie mich auf die Energieversorgung und Umweltgefährdung zu sprechen kommen: Alle diese sechs Milliarden Menschen am Ende des Jahrhunderts oder acht Milliarden im Jahre 2020 oder zehn Milliarden im Jahre 2030 wollen ihr Essen kochen. Das ist das Mindeste, was sie wollen. Auch in den Tropen wollen sie Licht brennen haben, insbesondere wenn die Sonne so plötzlich untergeht. Fernsehen wollen sie. Viele, viele Zigmillionen, Hunderte von Millionen von ihnen wollen auch Auto fahren, wollen in Flugzeugen fliegen – der Luftverkehr nimmt eine steile Entwicklung. Das heißt: sie alle brauchen Energie.

Wenn man mal von kleineren Mengen absieht – denn man darf sich nicht täuschen lassen durch das große Geräusch, mit dem die erneuerbaren Energien, wie Wind oder Energie aus Stau-Becken, Solarenergie und so weiter, propagiert werden –, so handelt es sich quantitativ entscheidend bisher um zwei Energiequellen auf der Welt: auf der einen Seite um Kohlenwasserstoffe, als da sind: Öl, Erdgas, Braunkohle, Steinkohle, Holz et cetera; auf der anderen Seite die Kernenergie, die Kernenergie fast ausschließlich in einer Reihe industrialisierter Staaten, Gesamtanteil am Energieverbrauch bisher noch relativ klein.

Beide Energiequellen sind mit Risiken verbunden, die gegenwärtig nicht wirklich abgeschätzt und rechnerisch nicht gegeneinander abgegrenzt werden können. Bei den Kohlenwasserstoffen ist das größte Risiko der „greenhouse-effect“ – der Treibhaus-Effekt –, daneben natürlich kurzfristig das Risiko einer dritten Ölpreisexplosion: wenn irgendetwas im Mittleren Osten schief geht, dann ist eine dritte Ölpreisexplosion ziemlich wahrscheinlich, OPEC würde eine solche Situation ausnutzen.

Bei der Kernenergie besteht nicht etwa nur das Risiko eines Unfalls, wenn gleich ein solcher psychologisch enorme Wirkungen haben kann. Wenn es in einem OECD-Land, in Amerika oder in Westeuropa einen Tschernobyl-Unfall gäbe, dann würden in den nächsten dreißig Jahren die Kernkraftwerke sicherlich überall stillgelegt. Ich meine als Hauptrisiko bei der Kernkraft aber die ständig zunehmende Gefahr des Missbrauchs der nuklearen Technologie für gewalttätige oder für militärische Zwecke. Mit den Kenntnissen, die man sich erwirbt, wenn man als Physiker oder Ingenieur am Bau eines Kraftwerks beteiligt ist, kann man heute eine Atombombe in der Garage basteln.

Ich meine auch das andere Hauptrisiko, dass bisher kein Staat der Welt eine

von der militärischen Verwendung von spaltbarem Material abgekoppelte Lösung gefunden hat dafür, was denn mit dem nuklearen Abraum auf die Dauer geschehen soll. Die Aufarbeitung zu waffengrädigem Material, die zum Teil in Europa stattfindet, wird nun hoffentlich nur noch in kleinerem Umfange benötigt werden; wenn die große Abrüstung in Gang kommt, wird sie sicherlich wenigstens den Bedarf an den nächsten 20 000 nuklearen Bomben auf Null runterfahren. Der Umgang mit den abgebrannten Kernelementen ist ein riesenhaftes ungelöstes Weltproblem, das von Jahr zu Jahr größer wird.

Vor fünfzehn Jahren habe ich mich einmal mit Herrn Kossygin darüber unterhalten, weil es mich interessierte, was die Russen damit machen. Ich dachte, die vergraben das irgendwo in Sibirien, ganz weit weg, wo kein Mensch lebt. Nein, sie legten das Zeug auf die Erdoberfläche, gleich neben dem Kernkraftwerk! Sie wissen, dass auch in Deutschland eine Lösung bisher nicht gefunden worden ist. Sie erinnern sich an die Diskussion über die Aufbereitungsanlage Wackersdorf, über das ehemalige Salzbergwerk im Hannöverschen, und im Augenblick geht der deutsche nukleare Abraum im Wesentlichen nach Frankreich – für die Zwecke, die ich soeben gestreift habe.

Es sind also beide Hauptenergiequellen, sowohl die Kohlenwasserstoffe als auch die Kernenergie, gekennzeichnet durch große Risiken, die im Augenblick nicht abgeschätzt werden können. Gleichzeitig aber steigt der Energieverbrauch.

Vor vierzehn Tagen hat die Internationale Energie-Agentur in Wien Zahlen veröffentlicht, sorgfältige Schätzungen. Dieser Agentur gehören zig Staaten an, die alle ihre Fachleute dorthin entsandt haben. Sie haben geschätzt, dass der Weltenergieverbrauch von 1987 – damals stand er auf 8,1 Milliarden Tonnen Erdöläquivalent, sie rechnen alle Energien um in Erdöl, also umgerechnet 8,1 Milliarden Tonnen Erdöl – hochgerechnet bis zum Jahre 2005, in also knapp zwei Jahrzehnten, um fast 50 Prozent auf 12,3 Milliarden Tonnen Erdöläquivalent ansteigen wird. Aus den gleichen Berechnungen – immer nach der Internationalen Energie-Agentur in Wien – ergibt sich eine Vermehrung des Ausstoßes an Gasen, die bei der Verbrennung entstehen: Allein beim Kohlendioxid wird mit einem Anstieg um 50 Prozent gerechnet, also von rund sechs Milliarden Tonnen pro Jahr auf dann neun Milliarden Tonnen Kohlendioxid innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten.

Es gibt Streit unter den sieben oder acht verschiedenen naturwissenschaftlichen Disziplinen, die beteiligt sind, wenn klimatische Vorschauen gemacht werden sollen. Einstweilen sind sie sich nicht einig darüber, ob die Anomalien des Wetters in den letzten paar Jahren schon Vorboten des „greenhouse-effects“ seien. Es gibt jedoch keinen Streit darüber, dass sich diese Vermehrung von Kohlendioxid – und dazu kommen dann auch noch Kohlenmonoxid, Fluorchlorkohlenwasserstoffe und dergleichen –, diese Vermehrung von Verbrennungsgasen oder Spurengasen, wie sie auch genannt werden, in der Atmosphäre, in der Troposphäre auf das Klima auswirken muss. Es gibt lediglich Meinungsverschiedenheiten darüber, wo und in welchem Tempo es sich wie auf das Klima auswirken wird.

Vor ein paar Tagen haben 49 amerikanische Nobelpreisträger und 700 weitere amerikanische Naturwissenschaftler gemeinsam einen Brief an den amerikanischen Präsidenten geschrieben und darin auf die Gefährdung durch die Treibhausgase – die „greenhouse-gases“ – aufmerksam gemacht. Sie haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt: Amerika sollte die Führung dabei übernehmen, dass auf der Welt die Vorschriften für den Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge verschärft werden, dass energiesparende Technologien durch Verordnungen vorgeschrieben werden, dass erneuerbare Energien erschlossen werden, also im Wesentlichen Windkraft und Solarkraft, und dass die Kernenergieprogramme wesentlich ausgeweitet werden.

Wir werden auch in Europa möglicherweise diesen Zyklus erleben: In den fünfziger Jahren war alles begeistert von der Kernkraft, in den siebziger Jahren gab es dann die psychologischen Rückschläge, möglicherweise werden wir es in den neunziger Jahren oder im ersten Jahrzehnt des nächsten Jahr-

tausends erneut erleben, dass Kernkraft en vogue ist – wie gesagt, unter der Voraussetzung, dass nicht irgendwo ein Tschernobyl- oder Three-Miles-Island-Unfall passiert.

Die Forderung, die Amerikaner sollten bei der Einschränkung des Ausstosses von Treibhausgasen die Führung übernehmen, ist verständlich aber naiv. Die ökonomische Reichweite der Weltmacht Amerika genügt dafür nicht. Wenn es aber ein Zusammenspiel zwischen den USA, Japan und der Europäischen Gemeinschaft gäbe – Kanada darf man dann dazuzählen –, das wären dann immerhin die bei weitem wichtigsten fünfzehn Staaten der OECD, dann könnte man hoffen, dass die OECD insgesamt internationale Verabredungen zustande bringt, die diesen amerikanischen Vorschlägen oder einem Teil davon wenigstens graduell Folge leisten. Aber einstweilen sind die USA selbst die größten Sünder.

Gleichwohl muss man sehen, dass auch der Energieverbrauch in der Sowjetunion, in China, in Indien, in allen Entwicklungsländern dick zu Buche schlägt. Die enormen Steigerungen des Energieverbrauchs, die ich Ihnen mit Zahlen belegt habe, finden im Wesentlichen in den Entwicklungsländern und in der Sowjetunion statt, nicht in den Industriestaaten. Weil das Benzin und Treibstoffe so teuer geworden sind, haben wir es inzwischen fabelhaft gelernt, mit weniger auszukommen – nicht nur bei den Automobilen, sondern auch bei den Flugzeugen sowie bei der Beheizung unserer Fabriken, Wohnungen et cetera. Wir haben wirklich Energie gespart. Für ein zusätzliches Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts brauchte man früher weit mehr als ein zusätzliches Prozent Energieverbrauch. Heute braucht man für ein Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts nur noch zusätzlich 0,6 oder 0,7 Prozent – ich habe die Zahlen nicht genau im Kopf – an Energieverbrauch.

Mir scheint, dass es eine der wichtigsten Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft wäre, sich solche Vorschläge, wie sie dort in Amerika eben mit ziemlicher wissenschaftlicher Autorität auf den Tisch gelegt worden sind, so oder ähnlich zu Eigen zu machen und in Willensentschlüsse und in die Tat umzusetzen.

Am wichtigsten scheint mir dabei der dritte Punkt dieser amerikanischen Vorschläge zu sein, der die erneuerbaren Energien betrifft. Ich könnte mir vorstellen, dass eine gemeinsame Rieseninvestition über eine lange Zeit von Jahren in die Fotovoltaik Sinn machen könnte. Nach allem, was ich davon gelernt habe, ist die Aussicht auf einen technologisch-wissenschaftlichen, ökonomisch tragfähigen Durchbruch bei der Fotovoltaik – das ist die Direktumwandlung von Sonnenstrahlung in Strom, nicht auf dem Umwege über Wasser, das in irgendwelchen Kapillaren erwärmt wird – nicht sonderlich groß, aber die Chance ist nicht gleich Null.

Man muss dazu aber wissen, dass solche Energiegewinnung natürlich dort am meisten Sinn macht, wo die meiste Sonne ist, nämlich in der Sahara und in ähnlichen Gebieten; und damit verknüpft sich dann das Problem, dass man diese Energie aufbewahren und dass man sie transportieren müssen. Das führt dann zwangsläufig in die Wasserstofftechnologie und dahin, den Wasserstoff flüssig zu machen und ihn über Rohrleitungen oder in Schiffen zu transportieren. Das wiederum bedeutet, dass man diese Energie ungewöhnlich kühlen muss, auf ganz niedrige Temperaturen unter null Grad.

Das sind also ganz große technologische Probleme. Aber ich meine tatsächlich, die Europäische Gemeinschaft wäre besser beraten, zweistellige Milliardenbeträge eher in diese Forschung und Entwicklung zu stecken als etwa in Peterchens Mondfahrt – oder „Raumfahrt“, wie es heute heißt. Denn die Raumfahrt entspringt mehr menschlichem Ehrgeiz und Geltungsstreben von Wissenschaftlern und Ingenieuren, als dass sie einen unmittelbar erkennbaren großen ökonomischen Nährwert haben würde. Sie hat vor allem militärischen, aber geringen ökonomischen Nährwert.

Ich würde auch die riesenhaften Agrarsubventionen der EG für weniger wichtig halten als langfristige gemeinsame Subventionen der zwölf EG-Staaten für die Erforschung und die Entwicklung auf dem Felde erneuerbarer Energien, im Wesentlichen der Solarenergie. Wenn die Europäer und die

Amerikaner das machten, dann würden sich auch die Japaner anschließen müssen, und dann könnte die Welt auf diese Weise möglicherweise ein Stück vorankommen.

„Agrarsubventionen“ sind ein Stichwort, zu dem ich noch eine Bemerkung anfügen möchte: Zu essen wird es einstweilen genug geben für die sechs Milliarden Menschen am Ende des Jahrhunderts oder für die acht Milliarden im Jahre 2020. Die Ertragssteigerungen der Landwirtschaft auf der ganzen Welt sind phänomenal über die letzten Generationen, und sie werden sich fortsetzen. Dafür sorgen dann schon die Chemische Industrie und die Agrarpolitik in den jeweiligen Ländern. Die Ernährung ist nicht das Hauptproblem.

Das Hauptproblem werden die Energieversorgung und die damit zusammenhängenden Umweltprobleme sein – sowohl bei den Kohlenwasserstoffen als auch, was die Strahlung abgebrannter Brennelemente angeht, bei der Nuklearenergie.

Die Notwendigkeit einer Welt-Finanzordnung

Seit fünf Jahren haben wir einen Nettofluss von Finanzmitteln aus den Entwicklungsländern in den industriellen Norden; da ist bereits alle staatliche Entwicklungshilfe – „official development aid“ – abgezogen, da sind alle privaten Kapitalzuflüsse aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer gegengerechnet – und trotzdem bleibt netto ein Finanzfluss aus den Entwicklungsländern in den Norden nach, und das schon fünf Jahre lang. Eine groteske Situation, die sich im Wesentlichen aus Zinszahlungen für die nach 1980 aufgenommenen Schulden ergeben hat; Schulden, die weitgehend zwangsläufig aufgenommen wurden, weil die Entwicklungsländer sonst ihre Ölrechnungen nach der zweiten Ölpreisexplosion nicht hätten bezahlen können. Also die Nettoflüsse von Süden nach Norden ergeben sich im Wesentlichen aus Zinszahlungen und zu einem kleinen Teil auch aus Kapitalflucht, aber die spielt dabei eine relativ untergeordnete Rolle.

Gleichzeitig hat das reichste Land der Welt nunmehr schon im sechsten Jahr kein Kapital mehr exportiert, sondern ausländisches Kapital importiert. Die Vereinigten Staaten von Amerika erfreuen sich eines jährlichen Netto-Zuflusses an Kredit und Kapital in der Größenordnung von 120 bis 140 Milliarden Dollar, im Wesentlichen finanziert durch japanische und deutsche Überschüsse, ein bisschen dann auch noch durch Holländer, Schweizer und einige wenige andere.

Vornehmlich drei Staaten spielen verrückt. Dass das reichste Land der Welt zum größten Schuldner der Welt geworden ist – heutzutage Nettoauslands-schulden der USA ungefähr 750 Milliarden Dollar; wenn Bush zur Wiederwahl ansteht, werden es 1000 Milliarden Dollar sein – und dass die beiden Länder, die den Krieg angefangen und total geführt und total verloren haben, nämlich die Deutschen und die Japaner, die größten Geldgeber, die größten Kreditgeber, die größten Gläubiger der Welt geworden sind, das trägt nicht gerade zur Freude aller Übrigen bei. Es wird übrigens außenpolitisch für uns Deutschen demnächst genauso bedenklich, wie es heute schon für Japan außenpolitisch bedenklich geworden ist.

Ich sagte vorhin, Japan hat keine Freunde. Das gilt auch einschließlich der USA, wo das ursprünglich zu McArthurs Zeiten einmal freundschaftliche Verhältnis inzwischen sehr ambivalent geworden ist und wo inzwischen die Abneigung gegen Japan überwiegt gegenüber den durch ein langjähriges gemeinsames Bündnis gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen.

1989, um ein paar Zahlen zu nennen: japanische Überschüsse in der Leistungsbilanz: einige 60 Milliarden Dollar, fast auf eine Milliarde genau die gleiche Summe, wobei es sich im japanischen Falle um eine große Volkswirtschaft handelt, ziemlich genau doppelt so groß wie die deutsche, aber es sind auch doppelt so viele Menschen: 123 Millionen, und wir sind 62 Millionen.

Hier muss also etwas umgekehrt werden. Die Amerikaner müssten von Rechts wegen ihren Haushalt in Ordnung bringen und damit automatisch ihre Außenhandelsbilanz und damit automatisch ihre Kapitalbilanz; und umgekehrt müssten die Japaner und Deutschen lernen, einen viel größeren Teil der inländischen Kapitalbildung im eigenen Lande zu verwenden, und wenn

nicht im eigenen Lande, dann jedenfalls nicht in Amerika, sondern in Entwicklungsländern, die es dringender nötig haben als die Amerikaner. Es scheint, als ob im japanischen Fall die Einsicht in diese Notwendigkeit in den letzten zweieinhalb Jahren gestiegen ist. In Deutschland ist von einer solchen Einsicht nicht die Rede; wohl aber könnte es sein, dass der Kapitalbedarf der DDR jedenfalls einen Teil der deutschen Überschüsse gegenüber dem Rest der Welt in den nächsten Jahren zum Verschwinden bringen wird.

Die Entwicklungshilfe muss aufgestockt werden, aber sie sollte nach meiner Meinung auf „least developed countries“ beschränkt werden, sie sollte außerdem an die Bedingung geknüpft werden, dass der Militärhaushalt des Empfängerlandes nicht größer sein darf als zwei Prozent von dessen Brutto-sozialprodukt, sie sollte geknüpft werden an realistische Umweltprogramme und an realistische Programme zur Dämpfung des Bevölkerungszuwachses.

Was die Militärhaushalte angeht, so geben die Entwicklungsländer insgesamt siebenmal so viel Geld fürs Militär aus, wie sie an Entwicklungshilfe empfangen. Eine groteske Größenordnung! Sie hängt auch damit zusammen, dass in vielen Entwicklungsländern ehemalige Generale inzwischen Staatschefs sind und sich natürlich des Wohlwollens ihrer früheren Kameraden versichern müssen, um an der Macht zu bleiben. Alle paar Jahre wird trotzdem wieder einer gestürzt und durch einen anderen General ersetzt. Aber auch ökonomisch ist das eine Groteske. Und ich habe Ihnen Durchschnittszahlen genannt; es gibt einzelne Fälle, in denen der Militärhaushalt noch viel größer ist als das Siebenfache der Entwicklungshilfe. Um aber Bedingungen zu stellen für weitere Entwicklungshilfe, bedarf es des Zusammenwirkens der westlichen Weltmächte, auch wenn Europa noch keine ist und vielleicht gar keine wird. Das geht nur im Zusammenwirken der Amerikaner mit den Europäern; die Japaner würden dann schon mitmarschieren.

Aber dies sind mittel- oder langfristige Probleme, ich bin damit schon am Ende der neunziger Jahre angelangt oder am Anfang des nächsten Jahrhunderts. Es gibt aber in den neunziger Jahren näher liegende Probleme, die mir Sorgen machen. Zum Beispiel der Umstand, dass es keinen deutschen Aktienmarkt mehr gibt, keinen amerikanischen und demnächst auch keinen japanischen Aktienmarkt; es gibt nur noch einen Weltaktienmarkt. Kursbewegungen auf der New Yorker Aktienbörsen lösen innerhalb von weniger als 60 Sekunden entweder Entschlüsse der Händler in Tokio, Zürich, Frankfurt, Amsterdam oder London aus, oder sie führen sogar dazu, dass an diesen Plätzen in Computern gespeicherte Verkaufs- oder Ankaufsprogramme ablaufen. Die Bankvorstände sind glücklich, die im Laufe des Nachmittags erfahren, was ihre Händler vormittags getan haben; meistens erfahren sie es erst am nächsten Morgen, wenn sie ins Büro kommen und das Blatt auf dem Tisch finden.

Diese so genannten Märkte sind Märkte, an denen sich einige zehntausend Psychopathen betätigen. Und das ist in zunehmendem Maße nun auch schon auf den Anleihemarkten – den Bondsmärkten – der Welt der Fall. Es gibt keine nationalen Bondsmärkte mehr. Auch die Bonds werden international gehandelt. Auch dort sind die psychologischen Krankheiten dabei, sich auszudehnen. An Junk-Bonds sind in Europa noch nicht so viele verkauft worden; wenn aber Drexel Burnham Lambert drei Jahre später falliert hätte, dann würden auch wir Europäer uns inzwischen mit Junk-Bonds eingedeckt haben, nehme ich an.

Die Situation auf den Geldmärkten kann ich nicht ganz so präzise beurteilen, aber auch da macht es mir Sorge, dass wir den Handel mit Termingeschäften inzwischen in einem Maße sich entwickeln sehen – mit „futures“ und mit „options“ –, das mit dem Handel und dem Abdecken von Währungsrisiken des Handels, des Exports oder Imports, überhaupt nicht mehr zu begründen ist.

Dies ist alles Spekulation. Insgesamt werden jeden Tag in der Welt international zwanzig- bis dreißigmal so viele Geldtitel gehandelt wie etwa Waren und Leistungen. Ein zwanzig- bis dreißigmal so großer Umsatz in Geldtiteln wie in Waren und Leistungen! Die Welt ist dabei, sich zu einem globalen Las Vegas zu entwickeln. Das wäre noch nicht ganz so schlimm, wenn es weni-

gstens eine globale Aufsichtsbehörde gäbe. Die gibt es aber nicht. Wir hatten einen Ansatz zu einer globalen Behörde in Gestalt der Bretton-Woods-Institutions, vor allen Dingen des Internationalen Währungsfonds. Den haben wir seit den frühen siebziger Jahren mehr oder minder abgewrackt. Er hat nicht mehr viel zu bedeuten und fast nichts mehr zu sagen; die Weltbank war von vornherein nur für die Entwicklungsländer wichtig – da hat sie ein bisschen was zu sagen. Aber an den globalisierten Finanzmärkten, von denen ich sprach – Aktienmärkte, Anleihemärkte, Geldmärkte, Währungsmärkte –, spielen die Entwicklungsländer kaum eine Rolle, sondern die Spieler sind im Wesentlichen wir, die Industriestaaten.

Früher, als es nationale Märkte gab, haben Börsenaufsicht, Bankenaufsicht, natürlich auch die Bundesbank regulierend funktioniert – und so auch in England, in Frankreich, in USA, überall in den Industriestaaten. Aber selbst die SEC in New York kann heute nicht verhindern, dass irgendwelche Dummheiten von Tokio nach New York überschwappen, oder umgekehrt: Die Tokioter können nicht verhindern, dass Dummheiten an der New Yorker Börse nach Tokio überschwappen, wie das im Oktober 1987 zum ersten mal in großem Maße geschehen ist. Das kann sich täglich wiederholen; es muss nicht, kann aber wieder so kommen. Heute haben wir Welt-Finanzmärkte, aber es gibt keine internationalen „regulations“, es gibt keine Welt-Autorität, es gibt keine Welt-Zentralbank. Zu alledem gibt es jedoch schwankende Währungskurse, zu alledem gibt es das Off-shore-banking. Dass dies Letztere zugelassen worden ist, war sicherlich eine Sünde wider den Heiligen Geist.

Weswegen haben unsere Großbanken Filialen in Luxemburg?

Weil es dort weder eine Mindestreservepflicht noch eine Umsatzsteuer auf Gold-Umsätze gibt und weil man so bequem vorbeifahren und aus dem Safe wie die alten Kuponschneider im vorigen Jahrhundert seine Aktien vorzeigen und das Geld in bar abholen kann. Die „Insel“ Luxemburg ist allerdings noch relativ seriös, etwa im Vergleich zu anderen Inseln, beispielsweise in der Karibik oder Hongkong. Der schöne Name – gemeinsam dafür gefunden – heißt ja Off-shore-banking. In Wirklichkeit sind das alles Filialen, die den Zweck haben, sowohl den Mutterbanken als auch deren Kunden zu helfen, die Steuerpflicht und die Mindestreservepflicht zu umgehen. Das ist der eigentliche Zweck, er ist legal. Es ist kein Verstoß gegen irgendwelche Gesetze, schon gar nicht gegen Strafgesetze, aber es ist insgesamt leichtfertig, denn es gibt niemanden, der eine Übersicht hat.

Wenn in Hongkong alle Hongkong-Chinesen zur Bank rennen und ihr Geld abheben und, soweit sie es nur können, ihre Konten verlagern, weil am Tien-an-men-Square in Peking gerade wieder eine schlimme Schießerei passiert ist, wer sorgt dann dafür, dass die Hongkong-Banken genug Liquidität in fremder Währung haben? Wer ist der „lender of last resort“? Das endet mit einem Fragezeichen, niemand hat eine Antwort. Und wenn es in Hongkong zu „falicements“ kommt, wer verhindert, dass auf der nächsten Insel dominoartige Konsequenzen eintreten?

Solange wir nationale Geldmärkte und Aktienmärkte und nationale Bonds-märkte hatten, so lange waren die nationalen Behörden in der Lage, sie einigermaßen richtig zu steuern; zumal sie 1930 und 1932 all die negativen Erfahrungen gemacht haben und längst gelernt hatten, wie man es nicht machen darf. Aber es gibt keine nationalen Finanzmärkte mehr. Und es dauert nur noch fünf Jahre, dann ist auch der japanische Aktienmarkt kein nur von japanischen Aktienkunden bevölkerter Markt; dann haben auch wir inzwischen alle japanische Aktien im Portefeuille unserer Institute, die langfristig anlegen und dabei auch noch Geld verdienen wollen.

Die Vorstellung, die Vereinigten Staaten von Amerika könnten das in Ordnung bringen, halte ich für abwegig. Die USA sind selbst einer der Haupt-schuldigen. Sie haben die Hauptverantwortung dafür, dass es keine halbwegs zuverlässigen Wechselkurse mehr gibt auf der Welt. Yen und D-Mark allein können das auf keinen Fall in Ordnung bringen. Ein Zusammenspiel zwischen drei Zentralbanksystemen, dem Federal Reserve Board in Washington und der Bank of Japan und der noch nicht vorhandenen, hoffentlich dem-nächst zu schaffenden Europäischen Zentralbank, könnte ich mir vorstellen.

Aber zurzeit sieht es nicht danach aus.

Ich will ein weiteres Beispiel noch geben, damit Sie nun nicht bei diesem Absatz denken, ich malte schwarz. Wie ist es denn eigentlich zu der großen Schuldenkrise der Südamerikaner gekommen? Wieso hat niemand deren Überschuldung und das zu große Länderrisiko unserer Geschäftsbanken gemerkt? Der Anfang war, dass sich die Ölpreise in der Spur auf den Spotmärkten erst vervierfacht, dann zum Teil verzehnfacht und sogar verzwanzigfacht haben. Dann gingen sie wieder zurück. Die armen Brasilianer hatten keinen Tropfen Öl in ihrem Boden, sie brauchten aber natürlich Öl, damit Wirtschaft und Verkehr weiterließen. Also mussten sie sich die Devisen für diesen vier- bis zehnmal so hohen Ölpreis borgen. Sie haben sie sich geliehen: in New York, Frankfurt, London und sonst wo. Die Geschäftsbanken in diesen Plätzen hatten auch alle Liquidität; denn es gab ja die riesenhaften Überschüsse bei den OPEC-Staaten, und diese wussten ja noch nicht, was sie mit den enorm gewachsenen Einnahmen anfangen sollten. Das hat aber nicht lange gedauert; denn bald haben sie gelernt, das Geld selbst auszugeben, anzulegen, zu investieren. Saudi-Arabien ist zurzeit ein Defizitland, was seine Zahlungsbilanz angeht.

Damals legten die OPEC-Leute ihr Geld dreimonatsweise in unseren Geschäftsbanken an, und fristengerecht haben diese das Geld über drei Monate ausgeliehen: an Brasilien, an Mexiko, an Polen, Jugoslawien et cetera. Aber nach drei Monaten stellte sich heraus, dass diese Länder nichts zurückzahlen konnten – im Gegenteil: Sie brauchten einen neuen Kredit; denn sie benötigten auch für die nächsten Monate Öl. Damals erfand man das schöne „Roll-over“-Kreditgeschäft. Inzwischen wurde übergerollt und übergerollt, nur die Einlagen kamen nicht mehr, sie wurden im Gegenteil von den Ölstaaten sogar abgezogen.

Die Geschäftsbanken haben ziemlich lange gebraucht, bis sie das gemerkt haben. Die Bankaufsichten in unseren Staaten haben es nicht gemerkt und die Zentralbanken auch nicht. Die Regierungen ebenfalls nicht. Auch die Regierung, an der ich damals nicht unmaßgeblich beteiligt war, hat es nicht gemerkt; das konnte sie allerdings auch nicht merken, wenn weder die Bankaufsicht noch die Zentralbank es merkte.

Ich glaubte damals, dass wir es schon in den neunziger Jahren mit der dringenden Notwendigkeit zu tun haben, ein Minimum an „regulations“ für die Weltfinanzmärkte zustande zu bringen, wahrscheinlich in dem Dreieck – Yen – Dollar – Ecu. Ich würde es sehr ungern sehen, wenn es stattdessen ein Dreieck Dollar – Yen – DM würde. Darauf komme ich noch zurück.

Gleichgewicht durch Abrüstung

Die Abrüstungsproblematik fällt am ehesten in die Kompetenz der Weltmächte. Es sieht für die nächsten Jahre ja doch nach einer ganz erheblichen Abrüstung aus. Immerhin gibt die Sowjetunion heute – Gorbatschows eigene Aussage – 9,5 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für das Militär aus. Ich schätze, dass es eher 14 oder 15 Prozent sind, wobei ich die Gutgläubigkeit von Gorbatschows Aussage nicht in Zweifel ziehen will, aber das volkswirtschaftliche Rechnen müssen sie dort erst noch lernen. Es gibt dort keine Sozialproduktberechnung, die halbwegs Boden unter den Füßen hat.

Zum Vergleich: Verteidigungsausgaben der USA: unter sechs Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts; Bundesrepublik Deutschland: etwa 2,5 Prozent unseres Bruttosozialprodukts, heute. Das heißt, schon aus wirtschaftlichen Gründen muss die Sowjetunion runter von ihrem riesenhaften Militäretat. Es ist nur nicht so leicht, die Soldaten nach Hause zu schicken; denn sie haben kein Zuhause. Es gibt keinen Wohnraum, keine Jobs, keine Arbeitsplätze für sie. Das ist einer der Hauptgründe für die Sowjetunion, die konventionelle Abrüstung ein bisschen in die Länge zu ziehen, weil sie gar nicht wissen, was sie mit den Soldaten machen sollen. Es gibt auch keine Arbeitslosenversicherung.

Einer der entscheidenden Punkte wird sein, dass die Abrüstungsvereinbarungen auf dem nuklearen Felde, auf dem konventionellen Felde und auch auf

dem Felde der Chemiewaffen hoffentlich begleitet werden von parallelen Vereinbarungen, dass das Zeug verschrottet und nicht etwa – möglichst noch gegen Kredit – billig an die Dritte Welt verkauft wird. Darüber ein Einvernehmen herzustellen wird schwieriger sein, als ein Einvernehmen über das Ausmaß der Abrüstung oder über das Maß der jeweiligen Rüstung, das nach der Abrüstung noch erlaubt bleibt.

Und dann kommt das Riesenproblem der Umstellung der Kapazitäten. Das ist sogar für die Amerikaner – McDonnell Douglas, Lockheed und wie sie alle heißen – ein großes Problem, selbst für einige Firmen bei uns – was macht MBB, wenn der Jäger 90 nicht gebaut wird? – und für die Russen noch mehr. Wenn man bei uns in einer Fabrik, die bis gestern Panzerhaubitzen gebaut hat, von morgen an Fahrräder oder Motorräder herstellen will, dann wird es wahrscheinlich zwei, drei Jahre dauern, bis die notwendigen Räumungen vorgenommen und neue Investitionen hingestellt worden sind. In zwei oder drei Jahren mag dann das erste Motorrad vom Band laufen. In der Sowjetunion dauert es, nehme ich an, mindestens doppelt so lange.

Es sind also zwar langfristig erhebliche Einsparungen durch das Herunterfahren der Militärhaushalte zu erwarten, aber vorher treten Umstellungs Schwierigkeiten enormen Ausmaßes auf, die in der Sowjetunion schwieriger zu bewältigen sein werden als im Westen; in Amerika sind sie schon schwierig genug. Jeder Senator und jeder Abgeordnete im Kongress wird von seinen lokalen Wählern dahin bearbeitet: Um Gottes willen nicht den Luftwaffenstützpunkt soundso im Staate xy dichtmachen, denn da sind soundso viele tausend zivile Arbeitnehmer beschäftigt. Dieses Problem hat man in allen fünfzig Staaten. Das gleiche Problem gibt es zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, Sie werden davon gelesen haben.

Ich glaube allerdings nicht, dass diese Art Probleme die Abrüstung wirksam behindern werden – im Gegenteil: Ich glaube, Abrüstung ist dasjenige Feld, auf dem die Kompetenz der Weltmärkte am ehesten ausreicht, um etwas Positives zustande zu bringen.

Natürlich muss man auch damit rechnen, dass die Sowjetunion eines Tages ihre Schwächeperiode überwinden kann. Von Iwan dem Schrecklichen über Peter den Großen bis hin zu Stalin, Chruschtschow und Breschnew ist Russland (und später die Sowjetunion) immer eine expansionistische Macht gewesen – eigentlich ohne jede Unterbrechung. Es war immer so, dass die sicherste russische Grenze diejenige war, wo auf beiden Seiten der Grenze ein russischer Soldat stand. Diese Philosophie ist viele Jahrhunderte durchgetragen worden. Ich meine, es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass das im Laufe des frühen nächsten Jahrhunderts, sagen wir im Jahre 2005 oder 2015, wiederkommen kann. Deswegen wäre es Unsinn, auf ein Gegengewicht gegen die sowjetische Militärmacht zu verzichten. Der durch Abrüstung zu erreichende Zustand muss im Gleichgewicht sein. Das liegt auch in Gorbatjows Interesse – übrigens auch in seinem innenpolitischen Interesse gegenüber seinen Marschällen.

Gegenwärtig ist die Sowjetunion sicherlich völlig außerstande, einen Angriff zu fahren; ihr würde ein Teil der Truppen weglauen, so wie die Zustände augenblicklich dort sind. Gleichwohl, es wäre leistungsfähig, ganz auf ein Gegengewicht zu verzichten. Das ist einer der beiden Gründe – vielleicht der einzige, den man öffentlich sagt –, um das nordatlantische Bündnis aufrechtzuerhalten. Der Hauptzweck des nordatlantischen Bündnisses ist in den neunziger Jahren allerdings ein anderer, nämlich Aufsicht über Deutschland zu führen und Garantien zu geben für die deutsch-polnische Grenze. Das wird nicht so laut gesagt werden, es ist aber der eigentliche Grund für die westlichen Regierungen, die heute die NATO auf jeden Fall beibehalten wollen.

Ich würde diesen Grund übrigens akzeptieren, nicht dass ich das im Tone der Anklage gesagt hätte. Nach den Dummheiten, die wir uns in Bezug auf die deutsch-polnische Grenze im letzten halben Jahr geleistet haben, können noch so hehre Versprechungen bloß aus deutschem Munde niemanden in Warschau mehr überzeugen.

Ich sagte in anderem Zusammenhang, regionale Kriege könne ich mir vorstellen in Verbindung mit der Bevölkerungsexplosion und mit regionalen kli-

matischen Verschiebungen. Gleichwohl kann ich mir nicht vorstellen, dass sich die Amerikaner weiterhin vornehmen, eine Weltpolizistenrolle zu spielen. Es wird dann wohl auch in anderen Teilen der Welt so etwas wie regionale Sicherheitsbündnisse geben, vermutlich auch in Europa; hier ist die Situation im Augenblick allerdings besonders unklar.

Die Ausbreitung des Islam wird sich auch auf Europa auswirken

Im Jahre 2000 – am Ende unseres Jahrzehnts – werden auf der Welt ungefähr genauso viele Muslime leben wie Christen. Zum Teil sind diese Muslims gläubiger als die Christen und enger an ihre Religion gebunden und an ihre jeweiligen Priester als die Christen. Wir erleben einen Fundamentalismus im Islam, ausgegangen von den Schiiten im Iran und anderswo, inzwischen übergreifend auf die Sunnit.

Einer der Gründe dafür, dass die Sowjets sich aus Afghanistan zurückziehen mussten, war der, dass man mit einer Armee, deren Unteroffiziere zur Hälfte aus Muslims bestehen, nicht erfolgreich gegen eine muslimische Freiheitsbewegung Krieg führen kann. Einer der Gründe für die Annäherung zwischen Moskau und dem fundamentalistischen Regime im Iran liegt in der Tatsache, dass es in der Sowjetunion 60 bis 70 Millionen Muslims gibt: in Kasachstan, Aserbaidschan, Kirgisistan, Turkestan, Tadschikistan und anderswo. Ob und mit welchen Methoden die Sowjetunion in ihrer gegenwärtigen Schwächeperiode damit fertig wird, weiß ich nicht.

Es ist ja ein Teil der Schwächeperiode, nicht nur, dass Perestroika nicht funktioniert, sondern auch, dass die Kohäsion dieses Riesenreiches gefährdet ist. Litauen ist nur ein vorwegmarschierender Fall, dazu kommen die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Moskau selbst, innerhalb des sich weit ausweitenden Spektrums der Kommunistischen Partei; sie gehen ja inzwischen über die Kommunistische Partei hinaus.

Das größte muslimische Land auf der Welt ist Indonesien, eine uns nicht geläufige Tatsache. Danach kommen Malaysia, Bangladesch, Pakistan, Indien – und dann sind wir immer noch nicht bei den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, die uns meistens vor Augen stehen, wenn vom Islam die Rede ist, und wir sind immer noch nicht bei Marokko und Algerien angekommen. Ich rede jetzt nur von der Zahl der Muslims. Der Einfluss des Islams reicht bis tief nach Nigeria hinein. Es sind nicht nur die Türken, die zu Hause keinen Platz mehr haben, sondern es werden auch die Ägypter sein. Ägypten nimmt jedes Jahr um etwas mehr als eine Million Menschen zu. Die können dort auf die Dauer gar nicht alle leben, das ist ausgeschlossen; sie leben jetzt schon zum Teil in Kairo auf dem Friedhof.

Wir haben also drei Möglichkeiten hier in Europa: Entweder müssen wir die Bevölkerungseinwanderung aus muslimischen Ländern akzeptieren, so wie Frankreich sie in erheblichem Maße aus Marokko und Algerien akzeptiert hat; dazu kommen dann Tunesien, Ägypten, die Türkei, möglicherweise auch Syrien, Iran, Irak und was weiß ich noch alles. Das führt dann zu der multikulturellen Gesellschaft, von der Dr. Geißler manchmal gesprochen hat; sie erscheint nicht sehr einladend, und ich bin nicht sicher, ob das bei uns gut geht. Oder wir müssen zweitens sie mit Gewalt verhindern – das ist auch nicht sehr einladend –, oder wir müssen drittens ihnen so viel Entwicklungshilfe geben, dass sie sich zu Dienstleistungen und nicht nur zu primitiver Industrie durchmendeln können. Die letztgenannte Möglichkeit wäre die gimpflichste, aber sie kostet viel Geld. Alle drei Möglichkeiten sind nicht besonders erfreulich, eine vierte Möglichkeit sehe ich nicht.

Auf jeden Fall aber werden wir Europäer etwas zu leisten haben, was weder Amerikaner noch Chinesen, Japaner oder sowjetische Russen zu leisten vermögen, nämlich: durch geschichtliche und theologische Forschung, durch christlich-islamische wissenschaftliche Zusammenarbeit das gegenseitige Verständnis aufzuschließen. Im 8. und 9. Jahrhundert und später, vor einem ganzen Jahrtausend, waren wir darin in Cordoba, Granada und Toledo schon einmal wesentlich weiter als heute. Heute weiß auf beiden Seiten kaum einer, dass wir die Propheten des Alten Testaments gemeinsam haben; dass wir alle

von Abraham abstammen; dass wir alle durch die Hand von Moses die Gesetzestafeln empfangen haben – und dass diese Gemeinsamkeiten auch die israelitische Religion einschließen. Anwar el Sadat war auf dem Wege, ein großer gemeinsamer Lehrer für Juden, Muslims und Christen zu werden, als er ermordet wurde. Er bedarf dringend der Nachfolge.

Der Prozess der Vereinigung Deutschlands muss in den europäischen Einigungsprozess eingebunden sein und ihn beschleunigen

Alles, was ich nach meiner subjektiven Einsicht an Möglichkeiten zur Lösung der Probleme angedeutet habe, geht zum größten Teil dann nicht, wenn 32 europäische Staaten jeder einzeln agieren wollten. Die Bündelung von Westeuropas zwölf Staaten zu einer ökonomischen Großmacht ist dringend wünschenswert. Ich habe jahrelang dafür geredet – allerdings ohne wirkliches Ergebnis –, dass sich dieses EG-Europa auch hinsichtlich seiner Sicherheitspolitik organisieren soll; ich habe jahrelang für einen europäischen – sprich: französischen – Oberkommandierenden des europäischen NATO-Teils plädiert. Es sieht nicht danach aus.

Es besteht die Gefahr, dass die bisher recht zögerlichen Fortschritte bei der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft noch gedämpft, vielleicht sogar sistiert werden durch die Sorge vor der ökonomischen und damit politischen Macht des vereinigten Deutschlands.

Es besteht die Gefahr einer Rückkehr europäischer Staaten – Margaret Thatcher gibt öffentlich den Ton an, und François Mitterand war in manchen seiner öffentlichen Äußerungen der letzten vier Monate nicht sehr weit entfernt davon –, zu mehreren gemeinsam ein Gegengewicht gegen Deutschland zu schaffen – unter Vernachlässigung des EG-Integrationsprozesses.

Wenn sich Mitterand und Gorbatschow in Kiew getroffen haben, dann nicht, um die Beschleunigung des EG-Integrationsprozesses miteinander zu besprechen, sondern um über die Frage zu diskutieren, wie man Deutschland kontrollieren kann. Das Gleiche gilt für die Annäherung zwischen London und Paris. Wir haben uns das selbst eingebrockt. Wir haben uns im Laufe der letzten vier Monate gegenüber den Besorgnissen unserer Nachbarn in einer Blindheit geriert, die ihre Parallele eigentlich nur in den Jahren nach dem Abgang Otto von Bismarcks findet. Niemand in Bonn will uns isolieren, aber keiner von ihnen merkt, dass unser Verhalten uns dahin führen kann.

Der Schlüssel für die Einbettung Deutschlands liegt bei uns. Das sind dann immerhin 78 Millionen Menschen, und wenn noch die Wolgadeutschen oder die Deutschen aus Siebenbürgen zurückkommen sollten, dann sind es schnell über 80 Millionen. Die Franzosen rechnen heute schon noch mehr Deutsche dazu; aber sie selbst sind 56 oder 57 Millionen Menschen, und weder die Engländer noch die Italiener sind mehr. Der Schlüssel dafür, dass der europäische Integrationsprozess weitergeht, liegt bei uns, bei den Deutschen, er liegt nicht bei den Engländern. Wenn man auf die Engländer wartet, kann man lange warten, wie immer die Premierminister in London heißen.

Ich bin hier in Hamburg geboren, aufgewachsen und erzogen worden. Ich war die ersten vierzig Jahre meines Lebens ein Anglophiler. Das hinderte mich nicht daran, schließlich zu begreifen, dass der Widerstand gegen den Verzicht auf nationale Souveränität in ganz Europa nirgendwo größer ist als in London. Selbst bei der Rechten der politischen Klasse in Paris ist der Widerstand gegen Souveränitätsverzichte wesentlich geringer; er hat sich in Paris eigentlich auf die Lieblingsidee beschränkt, jedenfalls nicht auf die Souveränität über eigene Nuklearwaffen zu verzichten.

Der Schlüssel liegt bei Deutschland, der Schlüssel liegt bei der Herstellung einer europäischen Währung und eines europäischen Systems von Zentralbanken, eines europäischen Federal Reserve Boards.

Eine einheitliche europäische Währung und ein europäisches System von Zentralbanken

Die erste Stufe für ein Europäisches Währungssystem haben wir vor elf oder zwölf Jahren geschaffen. Das waren ein anderer französischer Präsident und

deutscher Bundeskanzler. Seitdem hat es keinen Fortschritt gegeben. Wenn wir eine einzige Zentralbank hätten für ganz Europa – mit Filialen in Frankfurt, Paris, Brüssel, Amsterdam und sonst wo –, dann gäbe es keine deutsche Zahlungsbilanz mehr, es gäbe auch keine Deutsche Mark mehr, sondern es gäbe nur noch Ecu als allgemeines Zahlungsmittel in ganz Europa. Fast sämtliche Zentralbanken sind dagegen, und ihr Spitzenpersonal hat Angst, dass es an Kompetenz verlieren wird – das stimmt auch.

Aber ich will als Beispiel auf die Vereinigten Staaten von Amerika hinweisen. Kein Staat zwischen San Diego in Kalifornien, beinahe an der mexikanischen Grenze, und Boston in Massachusetts hat etwa 49 Wechselkurse mit den übrigen Staaten der USA. Es gibt nur einen einzigen Dollar und eine einzige Geldpolitik – bestimmt durch das Federal Reserve Board, ähnlich unabhängig wie die Deutsche Bundesbank – für alle 50 Staaten, obwohl sich die 50 Staaten ihrer Wirtschaftsstruktur nach außerordentlich voneinander unterscheiden. Hier in Europa hören wir immer das Geschwätz, erst müssten die Wirtschaftsstrukturen angeglichen sein, ehe man eine gemeinsame Währung schaffen könnte. Dies ist ein Scheinargument. Es gibt in Carolina keine Angst vor Dollars, die aus Kalifornien kommen, und es gibt in Idaho keine Angst vor Dollars, die aus New York kommen. Es gibt keine bilaterale Zahlungsbilanz zwischen Idaho und New York oder zwischen Kalifornien und irgendeinem anderen amerikanischen Staat. Sie handeln alle mit Dollars.

Es ist dies der Grund dafür, dass die Vereinigten Staaten von Amerika im Laufe des neunzehnten und vornehmlich des zwanzigsten Jahrhunderts die enormen Vorteile der „economy of big scale“ haben ausnutzen können. Es war seit Generationen eine einzige Volkswirtschaft! Nur während des Bürgerkrieges in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es vorübergehend zwei differierende Währungen und zwei Geldpolitiken.

Dass die europäischen Zentralbanker etwas dagegen haben, wenn ihre Kompetenzen weggehen und an eine höhere Instanz gehen sollen, kann ich gut verstehen. Das ist so ähnlich wie bei den russischen Bürokraten, die sich gegen Perestroika wehren. Wenn in Russland Marktwirtschaft hergestellt würde, wären plötzlich drei Millionen Bürokraten überflüssig, also sind sie dagegen und sabotieren Perestroika. Das ist hier in Europa ähnlich. Wenn Herr Pöhl hier wäre, wäre er vielleicht über den Vergleich empört, trotzdem würde ich aufrechterhalten, was ich gesagt habe.

Ich wiederhole: Die einheitliche Währung und Geldpolitik ist in Amerika selbstverständlich, obwohl die Haushaltssstrukturen von Staat zu Staat völlig verschieden sind; Massachusetts zum Beispiel ist bis an die Halskrause verschuldet, und die Staaten müssen für ihre staatlichen Anleihen verschiedene Zinsen zahlen, genau wie bei uns die Gemeinden – je nach Bonität – verschiedene Zinsen zahlen müssen und der Bund weniger Zinsen zahlt als beispielsweise irgendeine arme Stadtgemeinde Niedersachsens mit hoher Arbeitslosigkeit, sagen wir in Ostfriesland. In Amerika hat man trotz verschiedener Haushaltssituationen und trotz verschiedener Steuergesetze – es gibt in den USA Staaten mit Umsatzsteuer, und es gibt Staaten ohne Umsatzsteuer! – einen einzigen Dollar. Wenn das Gleiche in Europa gemacht würde, gäbe es keine deutsche Zahlungsbilanz, es gäbe nur noch eine europäische Zahlungsbilanz. Darin würden die Defizite einiger – der Italiener und der Engländer – und die Überschüsse anderer – der Holländer und der Deutschen – untergehen und sich weitgehend ausgleichen.

Die Besorgnis der übrigen europäischen Regierungen ist ganz besonders geweckt worden durch den Umstand, dass die Bundesrepublik Deutschland die Schaffung eines Europäischen Währungssystems in den letzten zwei Jahren mit allen möglichen Einwänden immer wieder hintertrieben und verlangsamt hat, während sie dann plötzlich in der Zeitung lesen, dass wir eine Währungsunion mit der DDR machen werden – die natürlich auch Risiken mit sich bringt, auch für die anderen im heutigen Europäischen Währungssystem mit uns zusammengeschlossenen Währungen.

Es ist ja nicht so, dass es ohne jedes Risiko wäre, wenn wir plötzlich in Milliardengröße pro Jahr nicht nur eine Erstausstattung drucken und ausgeben, sondern auch den Haushalt der DDR kräftig alimentieren müssen. Wer wird denn

zum Beispiel die Arbeitslosigkeit in der DDR finanzieren? Wer wird die öffentlichen Investitionen finanzieren? Wenn ich diese Fragen mit ausländischen Augen betrachte, so ist unser zukünftiger Währungsverbund mit der DDR nicht ganz ohne Risiko für diejenigen, die mit der D-Mark zusammen im Wechselkursverbund des EWS zusammengeschlossen sind. Dass wir das eine machen, ohne zu konsultieren, und das andere zwei Jahre lang abgelehnt haben, ist einer der Gründe für Misstrauen gegen die Deutschen.

Ich muss der Ordnung halber betonen, dass die Europäische Zentralbank genauso unabhängig sein muss, wie es heute die Deutsche Bundesbank ist. Das ist aber von den Übrigen – mit der Ausnahme Englands, die überhaupt nicht wollen – auch schon zugestanden.

Lassen Sie mich dieses Thema mit einem Beispiel aus dem Neuen Testament abschließen. Sie kennen die Geschichte, wie Jesus von Nazareth nach Jerusalem kommt und die Hohenpriester wollen ihn irgendwie reinlegen, ihm den Prozess machen, weil er für sie ein gefährlicher Sektierer ist, der das Volk verführt. Der erste Versuch ist also der, wo sie ihn aufs Glatteis führen mit der Frage: Sollen oder müssen eigentlich wir, die wir hier leben, den Zoll an die verhassten Zöllner bezahlen? Und Jesus sagt: Bringt mir einen Denar. Und sie bringen ihm einen Denar, und er zeigt die Münze vor, aber jeder weiß sowieso, was auf der Münze drauf ist, nämlich das Bild des Kaisers. Er sagt: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist! (Für die Theologen unter Ihnen füge ich hinzu, dass ich wohl weiß, was er dann außerdem noch gesagt hat, aber das ist für mich im Augenblick nicht so wichtig, nämlich: „Gebt Gott, was Gottes ist.“)

Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist! Eine Ausflucht? Jedenfalls haben sie ihn nicht reingelegt, seine Antwort gab keinen Anlass zur Anklage. Vielmehr haben sie ihm dann wegen anderer Dinge den Prozess gemacht und ihn ans Kreuz genagelt. Was kann man aber für das Europäische Währungssystem aus dieser biblischen Geschichte aus dem Neuen Testament lernen? Man kann daraus lernen, dass zu jener Zeit, etwa dreißig Jahre nach Christi Geburt, ein und derselbe Denar in Palästina wie auch in Rom galt, wie er damals auch in Griechenland und in Spanien gegolten hat. Das ganze Römische Weltreich hätte ohne Währungseinheit nicht funktioniert. Man muss ein Jurist sein, um sich im Jahre 1993 einen gemeinsamen Markt mit elf verschiedenen Währungen vorzustellen!

Das Thema „gemeinsamer Markt“ steht seit dem Jahre 1957 auf der Tagesordnung. 1957 haben wir die Römischen Verträge ratifiziert; darin steht schon das Ziel gemeinsamer Markt. Jetzt haben sie gemeint, bis Ende 1992 wird es geschaffen sein. Ohne gemeinsame Währung gibt es aber keinen gemeinsamen Markt. Selbst auf dem Markt von Marrakesch treffen Sie nicht elf verschiedene Währungen. Sie können dort zwar gebrauchte Gebisse kaufen, sie können auch Elefantenzähne und Büffelhäute kaufen – Sklaven heutzutage nicht mehr –, es gibt nichts, was Sie nicht kaufen können in den Souks von Marrakesch und im Basar, aber nicht gegen elf Währungen. Maximal gibt's dort die marokkanische Währung und dann noch den Dollar und vielleicht vereinzelt die D-Mark; damit ist aber dann Schluss.

Die großen Vorteile einer gemeinsamen Wirtschaft und eines gemeinsamen Marktes können bei elf verschiedenen Währungen nicht erzielt werden. Es bleibt dann auch bei der nationalen Verantwortung für die Währungspolitik, bei dem nationalen Gegeneinander und bei den nationalen Eitelkeiten, die im Laufe der letzten eineinhalb Jahre eine Rolle spielten, als eigentlich eine Anhebung des D-Mark-Wechselkurses gegenüber dem Franc und anderen notwendig gewesen wäre, dann aber am Einspruch der Franzosen gescheitert ist. Das alles fiele weg, aber die EG würde zusammen, und sie könnte dann eine eigenständige Rolle bei der Lösung der globalen Probleme spielen, die ich oben geschildert habe.

Deutschland kann seine Chance nur mit Takt und Umsicht und nur im Einklang mit seinen europäischen Nachbarn nutzen

Nun bin ich also am Schluss doch an die deutsche Frage herangekommen. Ich möchte aber betonen: Mindestens ebenso wichtig wie die Einführung der

Deutschen in die Gemeinschaft und des neuen vereinigten Deutschlands in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sind die westeuropäischen Hilfen für Polen, für die Tschechoslowakei, für Ungarn. Das muss die EG organisieren, und die Deutschen müssen sich daran beteiligen; sie dürfen nicht etwa sagen: Wir sorgen für die DDR, das andere geht uns nichts an.

Ich habe eine solche Bemerkung, dass wir uns daran beteiligen wollen, bisher noch nicht öffentlich von der Bundesregierung gehört. Wir nehmen uns im Augenblick reichlich „self-centred“, auf unsere eigenen Dinge guckend. Wir nehmen die bösen Bemerkungen nicht zur Kenntnis, die nicht etwa nur Margaret Thatcher gemacht hat, sondern auch der dänische Ministerpräsident Schlüter oder der italienische Ministerpräsident Andreotti, ganz zu schweigen von Herrn Mazowiecki, für den ich in diesem Zusammenhang das allermeiste Verständnis habe. Der einzige der gegenwärtigen politischen Führer in Europa, der sich daran nicht beteiligt hat, ist der tschechoslowakische Staatspräsident Václav Havel. Aber es lohnt, auch dessen Reden und seine Auslassungen über Deutschland und die deutsch-polnische Grenze zu studieren.

Sie alle haben Angst vor einem neuen deutschen Nationalismus. Wir können das abwegig finden, wir können es für abstrus halten, weil es mit keinerlei Schwingungen unserer eigenen Seele korrespondiert. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Besorgnisse psychologische Tatsachen sind.

Wir haben in Europa Souveränitätsverzichte dringend notwendig – wir alle. Sonst könnten die Europäer wenig beitragen zu der Lösung der Weltprobleme, von denen ich heute Abend gesprochen habe; und wir Deutschen sollten dabei ein positives Beispiel geben.

Am Ende dieses furchtbaren Jahrhunderts hat unser Volk abermals eine Chance bekommen. Das ist nur zum kleineren Teil unser Verdienst, zum größeren Teil das Verdienst anderer: der Polen, der Ungarn, des Herrn Gorbatsschow, aber auch des Widerstandswillens, des Freiheitswillens der Deutschen in der DDR und unseres eigenen Willens zur Freiheit und zur Einheit. Ich will diesen Willen nicht klein schreiben. Wir haben eine Chance bekommen, mit der wir noch vor drei Jahren, noch vor einem Jahr so schnell nicht gerechnet haben.

Jetzt müssen wir aufpassen, dass wir die Chance nicht verspielen, dass wir über die Solidarität mit den Landsleuten drüben in der DDR die Solidarität mit den europäischen Nachbarn und mit dem Rest der Welt nicht vergessen! Sondern jedermann muss erkennen können, dass wir uns willig einfügen in die Gemeinschaft der Völker. Und jedermann muss sich darauf verlassen können, dass wir unsere Verträge und unsere Versprechen halten. Zum Beispiel haben wir vor Jahr und Tag versprochen – und bis vor kurzem haben wir uns daran gehalten –, unsere Außenpolitik unter den Außenministern der EG abzustimmen. Das haben wir allerdings in den letzten vier Monaten leider kaum getan. Die müssen aber die Sicherheit haben, sich auf uns verlassen zu können!

Meine Damen und Herren! Ich habe Sie am Anfang vor dem Redner gewarnt. Sie müssen alles, was der gesagt hat, selbst beurteilen. Er wollte Sie eigentlich nur zum eigenen Urteil provozieren. Er bedankt sich für Ihre Aufmerksamkeit. ■